Zeitschrift: Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen = Bulletin de l'Association suisse des électriciens, de l'Association des entreprises électriques suisses

Herausgeber: Schweizerischer Elektrotechnischer Verein ; Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen

Band: 66 (1975)

Heft: 18

Rubrik: Pressespiegel = Reflets de presse

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Diverse Informationen – Informations diverses

Bundesrat Ritschard über die Sicherheit der Kernkraftwerke

Der Vorsteher des EVED, Bundesrat W. Ritschard, hat am 22. Mai 1975 die Bundeshausjournalisten zu einer Orientierung über die Sicherheit der Kernkraftwerke im allgemeinen und über den «Fall Kaiseraugst» im besonderen eingeladen. Er stellte dazu einleitend fest: «Der Bundesrat wird und kann und darf sich niemals mit Leuten an einen Verhandlungstisch setzen, die ihn mit einem klaren Rechtsbruch erpressen wollen.» Er fügte später bei, was in Kaiseraugst vor sich gehe, sei klarer Rechtsbruch, und niemand, dem Demokratie und Rechtsstaatlichkeit noch etwas bedeuteten, könne annehmen, derartige illegale Aktionen würden zu einem vernünftigen Ziel führen. Im weiteren erinnerte Bundesrat Ritschard daran, dass der Verfassungsartikel über die friedliche Verwendung der Atomenergie 1957 unter allgemeiner Zustimmung angenommen worden ist und dass bei der Prüfung der Sicherheit von Kernkraftwerken gar nichts dem Zufall überlassen bleiben dürfe. Es gäbe dabei nicht die geringsten Konzessionen, der Schutz des Menschen müsse immer über allem stehen, und auf diesem Gebiet werde der auf anderen Gebieten gelegentlich beklagte helvetische Perfektionismus mit Recht betrieben.

Der Vorsteher des EVED stellte sodann die vier Chefbeamten seines Departements vor, die für die Sicherheit von Kernkraftwerken verantwortlich sind:

Dr. H. R. Siegrist, Prof. Dr. C. Zangger, Dr. P. Courvoisier und Dr. F. Alder, über deren Aufgabenbereiche kurze schriftliche Exposés Aufschluss gaben. Ergänzend verwies er auf die im Sinne der «Gewaltentrennung» dem Departement des Innern unterstellte Kommission zur Überwachung der Radioaktivität und die Kommission für Strahlenschutz.

Anschliessend kündigte Bundesrat Ritschard für 1977 den Bericht über eine Energiekonzeption an, zu dem das Volk sich werde äussern können. Man könne mit den Energieproblemen nicht einfach von der Hand in den Mund leben; der Energiebedarf werde, wenn auch langsamer als bisher, weiter steigen, und die Erschliessung neuer Energiequellen sei nötig. Heute biete sich aber einzig die Kernenergie an; Kernkraftwerke würden überall gebaut und zum Teil auch schon seit vielen Jahren betrieben. Welche Folgen ein Zusammenbruch der Energieversorgung unseres Landes haben würde, könne sich jeder leicht ausmalen.

Die Massenmedien berichteten ziemlich ausführlich über diese Orientierung, mit allen Schattierungen von Zustimmung über Sachlichkeit bis zu kritischen Kommentaren. *Ci*

Ergänzung zum Bericht «Städtefernheizung»

Im Auftrag des Eidgenössischen Amtes für Energiewirtschaft hat die Firma Gebrüder Sulzer Aktiengesellschaft, Winterthur, unter Beizug namhafter Experten eine Studie über die Städtefernheizung ausgearbeitet, dessen Ziel darin bestand, den städtischen Behörden ein Beurteilungs- und Informationsmittel umfassender Art zur Verfügung zu stellen. Diese Studie ist im Februar 1974 erschienen (s. auch Auszug im Bulletin SEV/VSE 6[1974]). Da die Berichtsangaben über Kosten und Wirtschaftlichkeit auf den Verhältnissen des Jahres 1970 beruhen, die Anlagekosten, Brennstoffpreise, aber auch Löhne und Kapitalkosten in der Zwischenzeit beträchtliche Erhöhungen erfahren haben, musste die Gültigkeit der damaligen Schlussfolgerungen überprüft werden. Das Eidgenössische Amt für Energiewirtschaft hat deshalb die Anpassung der Studie an die Kostenverhältnisse des Jahres 1974 veranlasst und die Ergebnisse in einem Ergänzungsbericht zusammengefasst.

Dieser kürzlich erschienene Zusatzbericht kann bei der EDMZ, Fellerstrasse 21, 3000 Bern, zum Preis von 11 Franken bezogen werden.

Pressespiegel – Reflets de presse

Diese Rubrik umfasst Veröffentlichungen (teilweise auszugsweise) in Tageszeitungen und Zeitschriften über energiewirtschaftliche und energiepolitische Themen. Sie decken sich nicht in jedem Fall mit der Meinung der Redaktion.

Cette rubrique résume (en partie sous forme d'extraits) des articles parus dans les quotidiens et périodiques sur des sujets touchant à l'économie ou à la politique énergétiques sans pour autant refléter toujours l'opinion de la rédaction.

Abgelehnt

sda. Der Zürcher Kantonsrat hat am Montag eine eigene zürcherische Standesinitiative über die Bewilligung von Atomkraftwerken abgelehnt. Mit 86 gegen 63 Stimmen beschloss er, auf einen sozialdemokratischen Beschlussesantrag zur Standesinitiative nicht einzutreten. Gemäss diesem Antrag sollte der Zürcher Kantonsrat die Standesinitiative des Kantons Basel-Stadt vom 29. März 1974 unterstützen.

Gleichzeitig lehnte der Rat zwei Motionen, die sich ebenfalls mit dem Bau von Atomkraftwerken befassten, ab. Bereits der Regierungsrat hatte die Überweisung der beiden Motionen abgelehnt. Regierungsrat Hans Küenzi sprach sich ebenfalls gegen eine zürcherische Standesinitiative aus, da man damit in Bern nur offene Türen einrenne. Der Bundesrat habe bereits allen im Rate geäusserten Forderungen Beachtung geschenkt.

«Vaterland» Luzern, 12. August 1975

Versicherungsprämie für US-Atomkraftwerke herabgesetzt

(dpa/fwt) Die bisher überaus günstigen Erfahrungen mit amerikanischen Kernkraftwerken haben zu einer Herabsetzung der Prämien für ihre Haftpflichtversicherung geführt. Alle Versicherungsgesellschaften, die derartige Verträge abschliessen, sind in zwei grossen Pools zusammengefasst: der *Nuclear Energy Liability – Property Insurance Ass.* und der *Mutual Atomic Energy Liability Underwriters.* Diese beiden Pools gaben jetzt bekannt, dass sie – rückwirkend ab 1. Januar 1975 – die Haftpflichtprämien für Beträge über 100 Millionen Dollar um 20 % reduziert haben. Ein Sprecher der Versicherungspools gab zwei Gründe für die Verbilligung an: die erwiesene *ausserordentliche Sicherheit* der Kernkraftwerke und eine Studie, die *Norman Rasmussen,* Professor am Massachusetts Institute of Technology, im Auftrag einer Bundesbehörde durchgeführt hat. Aufgrund eingehender Untersuchungen und Rechnungen schloss Rasmussen, dass die Wahrscheinlichkeit eines Unfalls in einem Kernkraftwerk, der zu wesentlichen Gesundheits- oder Sachschäden ausserhalb der Betriebe führen könnte, minimal sei. Die beiden Pools decken alle amerikanischen Kernkraftwerke und nahezu alle privaten Atomreaktoren, die zu Forschungszwecken verwendet werden. Seit ihrer Gründung 1957 ist bei den Pools *kein einziger Schadenanspruch* im Zusammenhang mit dem Betrieb von Kernreaktoren aus den Kreisen der Allgemeinheit eingebracht worden. Gegenwärtig gibt es in den USA 54 Kernkraftwerke und etwa 250 Forschungsreaktoren.

«Neue Zürcher Zeitung» 16. Juni 1975

Centrales nucléaires: Pas de moratoire
Mais la révision de la loi va bon train

La législation sur l'utilisation pacifique de l'énergie atomique est en révision. On examinera les revendications concernant la procédure d'autorisation. Les travaux seront menés à terme le plus tôt possible. Ainsi s'exprime le Conseil fédéral dans une réponse donnée à une question du député Ziegler (soc., Genève), avant d'ajouter: «Les autorités fédérales doivent respecter le droit actuel tant que les nouvelles dispositions légales ne seront pas en vigueur. Des considérations d'ordre juridique s'opposent à un moratoire quant à la construction de centrales nucléaires.» En ce qui concerne Verbois, le gouvernement rappelle que l'autorisation d'emplacement a été accordée, que des recours ont été déposés devant le Conseil fédéral, avant de conclure: «Si les conditions sont remplies, la Confédération est tenue, en vertu de la loi sur l'utilisation pacifique de l'énergie atomique, d'accorder les autres autorisations nécessaires.»

D'autre part, lors de la séance de mercredi du Conseil fédéral, M. Willi Ritschard a informé ses collègues sur l'avancement des travaux de révision de la loi. Des réponses ont été préparées à des motions socialistes et indépendantes aux Chambres, ainsi que la réponse à une intervention de la commune de Möhlin. Qu'en est-il de la prochaine rencontre avec les ex-occupants de Kaiseraugst? Aucune date n'a encore pu être fixée, a dû dire M. Ritschard à ses collègues.

Quant à la future centrale de Graben (Berne), le gouvernement estime, contrairement aux craintes d'un député de la Haute-Argovie, qu'elle sera dotée de tours de refroidissement qui ne portent pas d'atteinte inadmissible au paysage, ce qui ressort d'une étude de la Commission fédérale pour la protection de la nature et du paysage. *Jean Ryniker*

«24 heures» Lausanne, 21 août 1975

L'initiative populaire condamne les centrales

Berne (ATS). – L'adoption de l'initiative populaire pour la sauvegarde des droits des citoyens et la sécurité en matière de construction et d'exploitation des centrales atomiques, initiative que les adversaires des centrales nucléaires se proposent de faire aboutir, représenterait un retour à la Confédération d'avant 1848, à l'époque où les problèmes communs n'étaient résolus que par des accords conclus entre les cantons.

Parlant ainsi devant l'assemblée générale de l'Association suisse pour l'énergie atomique (ASPEA) réunie jeudi après-midi à Berne, le professeur F. Gygi a ajouté que «ce que cette initiative demande revient au fait à interdire toute centrale nucléaire».

Cette initiative ouvre «le chemin à la démocratie gratuite». Elle est pour cette raison indigne d'un Etat de droit. Elle rompt avec toutes les traditions légales en matières de droit d'indemnisation et de garantie de la propriété. L'initiative demande d'autre part un renforcement des prescriptions concernant la responsabilité et une augmentation des exigences dans le domaine des assurances et ceci, selon M. Gygi, dans une mesure absolument irréalisable. *«La Tribune de Genève», Genève, 22 août 1975*

Kaisera(n)gst

In Kaiseraugst herrscht relative Ruhe – man macht auch dort Ferien. Dies bietet Gelegenheit, aus einer gewissen Distanz und leidenschaftslos ein paar Gedanken zu machen zum Atomkraftwerk-Problem.

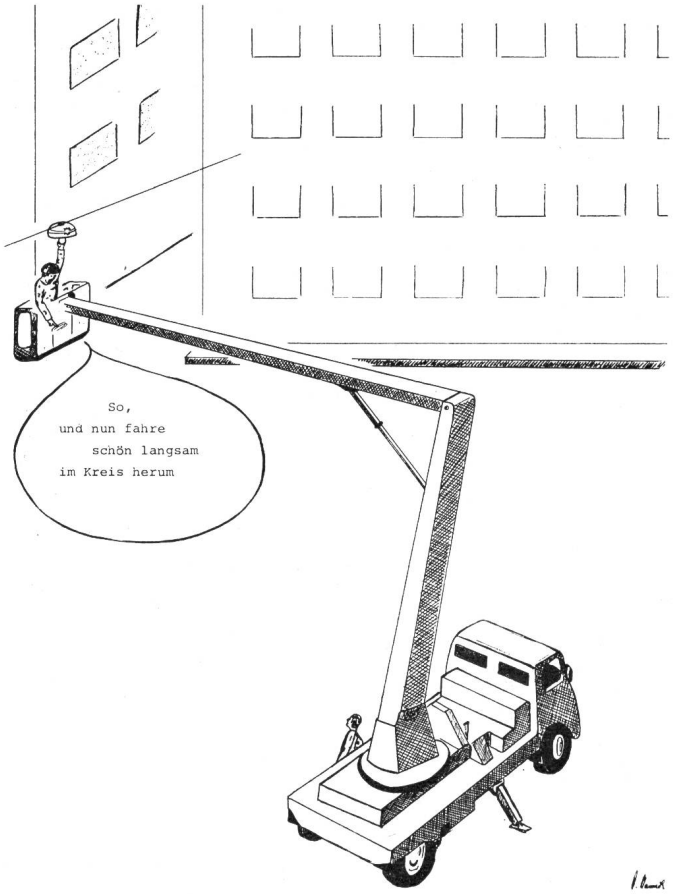
Zwei Annahmen sind vorauszuschicken: Wahrscheinlich ist der Durchschnittsschweizer – dazu zähle ich auch mich – kaum bereit, auf den bisherigen Komfort einschneidend und freiwillig zu verzichten. Dies bedeutet einen nach wie vor grossen Bedarf an Energie, der irgendwie zu decken ist.

Selbstverständlich – und das ist die zweite Voraussetzung bei der Diskussion – sind Atomkraftwerke keine leicht zu nehmende Angelegenheit. Sie bringen bei aller technischen Sicherheit unliebsame Nebenerscheinungen, die es zu meistern gilt.

Anderseits erscheint mir der Ruf der Atomkraftgegner nach *absoluter* Sicherheit unrealistisch. Wo gibt es schon eine absolute Sicherheit in der Natur, im Beruf, im Verkehr, in der Medizin usw.? Wo immer man hinschaut, fordern Natur und Technik ihre Opfer. Ja, es gehört offenbar zu den Merkmalen unseres technisierten Daseins, dauernd mit einem gewissen Risiko zu leben. Dabei stellt sich bei der Erstellung neuer technischer Anlagen immer die Frage nach der Zumutbarkeit oder konkret auf unser Problem bezogen: «Ist es für die Menschen im Mittelland zumutbar, dass dort Atomkraftwerke gebaut werden, wenn die Allgemeinheit einen Bedarf an Energie ausweisen kann?» Viele Mittellandbewohner sagen selber «Nein» und haben in verschiedenen Kantonen bereits Initiativen lanciert mit dem Zweck, Atomkraftwerke durch Volksentscheide verbieten zu lassen.

Diese Aktivität um die Atomkraftwerke ist erstaunlich, wenn man anderseits bedenkt, wie während Jahrzehnten die Bergtäler zur Energieerzeugung herangezogen wurden. Und Hand aufs Herz: «Sind all diese Stauseen, bzw. Staumauern *absolut* sicher und trotzen der grössten Erdbebenerschütterung? Meines Wissens hat es noch nie ein Atomkraftwerkunglück gegeben, aber bereits Staudammbrüche mit unheimlichen Überflutungskatastrophen. (Man erinnere sich auch daran, dass schon verschiedentlich Stauseen in der Schweiz aus Sicherheitsgründen abgesenkt werden mussten. Red.) Man mutet also unserem Berggebiet zu, mit einem gewissen Risiko zu leben, damit Energie für das ganze Land erzeugt werden kann. Man ist aber gleichzeitig mancherorts nicht bereit, dieses Risiko auch im Mittelland zu übernehmen und mitzutragen, wenn auch in anderer Form.

Heute sind gar manche Atomkraftwerkgegner schnell bereit, demokratische Entscheidungsmöglichkeiten herbeizurufen. Warum erst heute? Ob wohl die Bürger sämtlicher Bergkantone beim Bau jeder Staumauer befragt worden sind, als es darum ging, in erster Linie Strom fürs Unterland zu erzeugen? Wo käme man heute hin, wenn morgen die Walliser, übermorgen die Innerschweizer und nächste Woche die Bündner vom Bundesrat ultimativ die sofortige Absenkung aller Stauseen verlangen würden, weil niemand eine absolute, hundertprozentige Sicherheit garantieren kann und sie nicht mehr bereit sind, mit diesem Risiko zu leben? – Es scheint jedoch – und das findet man heute gar zu selbstverständlich –, dass die Bergkantone gelernt haben, für die Allgemeinheit mit einem gewissen Risiko bei der Energieversorgung zu leben. *«Schwyzer Zeitung», Schwyz, 5. August 1975*



«Aktuell», Hauszeitschrift des EWZ, Juli 1975

Stagnierender deutscher Stromverbrauch

Bonn, Anfang August. Ri. In der Bundesrepublik stieg der *Stromverbrauch* aus dem Netz der öffentlichen Versorgung im ersten Halbjahr 1975 nur um 0,7 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum auf 123,4 Mia kWh. Die *Erzeugung der Kraftwerke der öffentlichen Versorgung* stieg bei rückläufigem Einfuhrüberschuss und rückläufigen Einspeisungen der industriellen Eigenanlagen in das öffentliche Netz um 4,8 % auf 117,8 Mia kWh; dabei erhöhte sich die Erzeugung der Wasserkraftwerke um 9,2 % auf 7,6 Mia kWh und der Wärmekraftwerke um 4,5 % auf 110,2 Mia kWh. Die Vereinigung deutscher Elektrizitätswerke führt die Verbrauchsstagnation in erster Linie auf die Konjunkturflaute in der Bundesrepublik zurück; betroffen war in erster Linie die *Industrie,* während sich bei den privaten Haushalten eine steigende Tendenz fortsetzte.

«Neue Zürcher Zeitung», Zürich, 6. August 1975

Es gibt auch ein Arbeitsplatzproblem

Kernkraftwerk-Opposition
als Element der «System»-Veränderung?

E. Seit die Beschäftigungslage nicht mehr in allen Bereichen unserer Wirtschaft gesichert ist und die internationalen Verhältnisse noch keine Anzeichen, die auf eine Verbesserung der weltweiten Investitionsneigung schliessen lassen, aufweisen, nehmen die Sorgen um die Erhaltung der Arbeitsplätze in wachsendem Ausmass zu. Sowohl der Bund wie die Wirtschaft sind zwar bemüht, insbesondere auch einer weitern «psychologischen» Verschlechterung der Lage zu wehren, da die Wirtschaft und damit die Beschäftigungslage letztlich nicht allein von den wirklich vorhandenen Aufträgen abhängen, sondern – insbesondere im Blick auf die Zukunft – auch von der allgemeinen Einschätzung des Marktes und seiner Entwicklungsmöglichkeiten.

Zu wenig wird in diesem Zusammenhang wohl bedacht, welche wirtschaftlichen Rückwirkungen schliesslich auch aus den Spannungen resultieren, die mit der Streitfrage um die Kernkraftwerke verbunden sind. Es sind in unserem Land der Unternehmen nicht wenige, die aufgrund rechtskräftiger Verträge bereits bedeutende Arbeiten für die Einrichtung der Kernkraftwerke an die Hand genommen und zu einem erheblichen Teil auch schon vollendet haben. Bedeutende Produktionsbestandteile ruhen bereits heute in Lagerräumen, da sie nicht abgeliefert werden können. So gelangen die Kernkraftwerkunternehmen in Verzug mit der Vertragseinhaltung. Aus der Einlagerung des heiklen technischen Materials resultieren bereits auch wachsende Lager- und insbesondere aufwendige Versicherungsprobleme. Gleichzeitig greift die Unsicherheit um sich, ob an den noch vorhandenen Bestellungen überhaupt weitergearbeitet werden kann und soll.

Das «Wachstum Null» ist in den letzten Jahren zwar «modern» geworden. Nun stellt man aber plötzlich fest, dass das «Wachstum Null» im Endeffekt Rückschritt bedeutet und letztlich auch seine arbeitsmarktpolitischen Auswirkungen zeitigen muss. Diese Seite des Problems wird in ihrer Bedeutung leider unterschätzt. Wie man auch zu einzelnen Fragen des Baus von Kernenergiewerken steht, so ist daher doch wohl auch die hintergründige Frage zu stellen, ob über die engagierte und zum Teil nachweislich «politisch» gefärbte Opposition gegen die Kraftwerke nicht auch die Idee steckt, dass schliesslich auch über eine zunehmende Arbeitslosigkeit und weiterschreitende Verunsicherung das «System» zu verändern wäre. Wo die Grenzen zwischen echten und sachbezogenen Vorbehalten und den politischen Neben- oder gar Hauptzwecken liegen, bedarf ebenfalls der Erörterung. Nüchtern betrachtet wird man den sehr engen Zusammenhang zwischen den Kernkraftwerkbauten und der Arbeitsplatzsicherung nicht übergehen dürfen.

«Vaterland», Luzern, 9. August 1975

Strom braucht es immer

Mit der kommenden Tariferhöhung des elektrischen Stroms, die u. a. mit dem wachsenden Investitionsbedarf der Elektrizitätswerke für den Bau neuer Kraftwerke und für den Ausbau des Versorgungsnetzes begründet wird, stellt sich die Frage, ob die von der Elektrizitätswirtschaft angestellten Prognosen über die Entwicklung des Strombedarfes und damit über den Finanzbedarf richtig sind. Es ist die Rede von einem künftigen Investitionsbedarf der schweizerischen Elektrizitätsversorgung von 50 Mia Fr., was rund das Zweieinhalbfache der gesamten bisherigen Investitionen seit Beginn der Elektrifizierung der Schweiz ausmacht.

Wir stellen für das Jahr 1974 eine sinkende Verbrauchszunahme an elektrischer Energie fest (lediglich 3,1 Prozent gegenüber der früheren langjährigen Zuwachsrate von etwas über 5 Prozent pro Jahr). Handelt es sich hier um eine vorübergehende Erscheinung (gute Wasserführung der Flüsse, milder Winter, wirtschaftliche Rezession, Wegzug vieler Ausländer) – Stagnationsphasen im Energieverbrauch hat es schon früher gegeben – oder um eine Dauererscheinung, nämlich um das Einpendeln des Energieverbrauchs auf ein geringeres Wirtschaftswachstum und auf einen bescheideneren Lebensstandard? Antwort darauf kann erst eine längerfristige Entwicklung geben. Tatsache ist jedoch, dass wir immer elektrischen Strom brauchen werden, ja sogar immer mehr, auch wenn wir unsere Ansprüche drosseln, auch wenn energiesparende Massnahmen ergriffen werden. Dazu nur drei Stichworte:

Rationalisierung in Wirtschaft, Handwerk, Landwirtschaft und Haushalt: Die Heubelüftung in der Landwirtschaft zum Beispiel hat den Energiebedarf in einzelnen Gemeinden massiv in die Höhe getrieben. Das gleiche gilt von den Haushaltmaschinen, welche der Hausfrau die Arbeit erleichtern sollen.

Die Verwirklichung des Umweltschutzes, insbesondere die Wiederverwendung und Verwertung von Abfall (Recycling) braucht grosse Mengen zusätzlicher Energie.

Grössere Unabhängigkeit vom Heizöl: 77 Prozent des schweizerischen Energiekonsums entfallen auf das Öl, das wir ausschliesslich aus dem Ausland beziehen, nur 17 Prozent auf die Elektrizität. Es ist ein Akt politischer Klugheit, wenn wir versuchen, den Anteil der Elektrizität auf Kosten des Öls zu vergrössern. Der Anreiz dazu muss über eine genügende Elektrizitätsversorgung, sodann über die Tarifgestaltung erfolgen.

Nicht Kraftwerke auf Vorrat, sondern eine Elektrizitätsversorgungspolitik, die langfristig den Interessen des Landes dient! Die Strompreis-Erhöhung scheint mir ein Beitrag dazu zu sein.

Kurt Huber

«St. Galler Tagblatt», 16. August 1975

Sonnenenergieforschung wird koordiniert

Bern, 25. Aug. (sda) Der Vorsteher des Eidgenössischen Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartements, *Bundesrat W. Ritschard,* hat das Amt für Energiewirtschaft beauftragt, *eine Fachgruppe einzusetzen,* die die Bemühungen zur Erforschung der Sonnenenergie zu koordinieren hätte. Auf dem Gebiet der Sonnenenergie arbeiten zurzeit die Eidgenössische Kommission für die Gesamtenergiekonzeption, die Schweizerische Vereinigung für Sonnenenergie, die Internationale Energieagentur, die schweizerischen Hochschulen, das Eidgenössische Institut für Reaktorforschung sowie eine Reihe privater Gesellschaften.

«Neue Zürcher Zeitung», Zürich, 26. August 1975

Denunzierte Demokratie

SVP. Wer bislang glaubte, den Kernkraftwerkgegnern gehe es ausschliesslich um die Verhinderung von A-Kraftwerk-Bauten, der sieht sich getäuscht. Aus einem internen Strategiepapier der GAK (Gewaltfreie Aktion Kaiseraugst) ist nämlich zu entnehmen, dass die Besetzer «die Demokratie aufwerten» wollen, damit eine «echte Demokratie verwirklicht» werde.

Mit der lauthals propagierten «echten Demokratie» lässt sich offenbar alles legitimieren: In Indien wirft Indira Ghandi zur «Rettung der Demokratie» die Opposition ins Gefängnis; in Portugal praktizieren ultralinke Militärpotentaten unter Anrufung der «wahren Demokratie» einen deprimierenden Linksfaschismus; die Ostblockstaaten perfektionieren im Namen der «Volksdemokratie» den totalitären Partei- und Polizeiapparat. Die Beispiele liessen sich problemlos weiterführen, und die bittere Erfahrung zwingt, jeder neuen Demokratie-Beschwörung mit einiger Skepsis zu begegnen.

Plumpe Erpressung

Was die «wahren» Demokraten aus Kaiseraugst betrifft, so unterscheiden sie sich zumindest bei den Propaganda- und Argumentationsmethoden kaum von ihren unehrenhaften Vorbildern. Hier wie dort werden die bestehenden Verhältnisse rundweg als undemokratisch und korrupt denunziert – sofern nicht die eigenen Partikularinteressen vollumfänglich erfüllt würden. Diese Mischung aus bauernschlauer «Beweisführung» und plumper Erpressung liest sich im GAK-Strategiepapier etwa folgendermassen: «Die Korrumpiertheit nicht durch sich selbst, sondern durch die Starrheit des Systems entlarven. Wenn alle Chancen ... ergriffen werden und erfolglos bleiben, so muss für jedermann einsichtig sein, wessen Schuld das Scheitern ist, nämlich die Schuld des so weitgehend korrumpierten und undemokratischen Systems ... Der Demokratie eine Chance; nimmt sie diese nicht wahr, dann zurück zur direkten Aktion.»

Im Kurztext heisst das: Die Demokratie hat nur eine Chance, von den Besetzern in Kaiseraugst nicht als undemokratisch denunziert zu werden, wenn sie alle Forderungen akzeptiert. Würde dieses Beispiel Schule machen, hätte die Demokratie im wahrsten Sinne des Wortes bald überhaupt keine Chance mehr.

Intoleranz und Totalitarismus

Dieses seltsame demokratische Selbstverständnis der Besetzer in Kaiseraugst entspringt einer bedauerlichen Grundeinstellung, die zur zunehmenden Verabsolutierung der eigenen moralischen Maßstäbe, der eigenen Ansprüche und der eigenen «richtigen» monokausalen Ansichten über die Gesellschaft neigt. Gleichzeitig wird das bestehende pluralistische System, in dem noch andere Meinungen und Auffassungen Platz haben, als «ungerecht» oder gar «illegitim» denunziert. Wer das verabsolutierte, monokausale Weltbild nicht akzeptiert, wird geschmäht, weil er ein «falsches Bewusstsein» habe. Dass ein derartiges – der politischen Psychologie wohlbekanntes – Verhalten letztlich zu Intoleranz und Totalitarismus tendiert, steht ausser Zweifel und wird von Theorie und Praxis bestätigt.

Es bleibt zu hoffen, dass die besonnenen Kräfte der «Gewaltfreien Aktion Kaiseraugst» diese Zusammenhänge in der Hitze des Gefechts nicht aus den Augen verlieren – um unserer pluralistischen Demokratie das peinliche Schauspiel zu ersparen, wie die von mehrheitlich ehrenwerten Motiven getragene Bürgeraktion zum intoleranten Polit-Sektierertum entartet.

«Aargauer Tagblatt», Aarau, 16. August 1975

Mehr Transparenz im A-Werk-Bau

Bern. DDP. Im Einverständnis mit der Landesregierung hat Bundesrat Willi Ritschard als Vorsteher des Eidgenössischen Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartements (EVED) eine Expertengruppe mit der Ausarbeitung eines Vorentwurfes zur Totalrevision des Bundesgesetzes von 1959 über die friedliche Verwendung der Atomenergie und den Strahlenschutz («Atomgesetz») beauftragt.

Wie das EVED dazu mitteilt, besteht der Schwerpunkt der Aufgabe der Experten in einer «Neugestaltung des Bewilligungsverfahrens für Atomanlagen im Sinne grösserer Transparenz und des Einbezuges weiterer Kreise, als dies nach dem bestehenden Gesetz der Fall ist». Zu würdigen seien auch die Standesinitiativen der Kantone Basel-Stadt, Basel-Landschaft und Aargau, die eine Revision der Atomgesetzgebung anstrebten, sowie die verschiedenen parlamentarischen Vorstösse in den eidgenössischen Räten und die eingegangenen Petitionen.

Bei den von Bundesrat Ritschard ernannten Fachleuten des Staats- und Verwaltungsrechts handelt es sich um folgende Persönlichkeiten: Bundesrichter Werner Dubach, Präsident der staats- und verwaltungsrechtlichen Abteilung des Bundesgerichts, als Kommissionspräsident, ferner die Professoren Charles A. Morand (Genf), Jörg Paul Müller (Bern), Peter Saladin (Basel) sowie Fürsprecher Max Rudolf von der Eidgenössischen Justizabteilung.

Mit beratender Stimme nehmen an den Kommissionsarbeiten Direktor Hans Rudolf Siegrist vom Eidgenössischen Amt für Energiewirtschaft sowie Fürsprecher Walter Pfister als Chef des Rechtsdienstes dieses Amtes teil. Das Sekretariat wird von Fürsprecher Peter Pfund (Eidgenössisches Amt für Energiewirtschaft) geführt. Zu gegebener Zeit sollen auch die Kantone und interessierten Organisationen angehört werden.

«National Zeitung», Basel, 9. September 1975

Komitee für die Versachlichung der Diskussion über die Kernkraftwerke gegründet

In Aarau haben Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien ein Komitee für die Versachlichung der Diskussion über die Kernkraftwerke das Energieforum Nordwestschweiz gegründet. Es ist politisch und konfessionell unabhängig und seine Mitglieder bekennen sich uneingeschränkt zur schweizerischen Demokratie und zu unserem Rechtsstaat.

Im Interesse einer langfristig befriedigenden Lösung der Energieprobleme möchte es nach eigenen Aussagen die Diskussion in der Nordwestschweiz über die Nutzung der Kernenergie versachlichen.

Es wird sich in den kommenden Wochen an der Diskussion über die Probleme der Energieversorgung beteiligen. Das Forum wird Informationen herausgeben, jedermann als Auskunftstelle zur Verfügung stehen, Referenten vermitteln und interessierte Kreise über einzelne Fragen dokumentieren.

«Solothurner AZ», Olten, 26. August 1975